

»» Ansätze in Kommunen, um nachhaltiger und unabhängiger Energie zu nutzen

Nr. 225, 18. Oktober 2022

Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, stephan.brand@kfw.de,
Dr. Johannes Salzgeber, Telefon 069 7431-2306, johannes.salzgeber@kfw.de

Energiewende erfordert auch kommunales Engagement

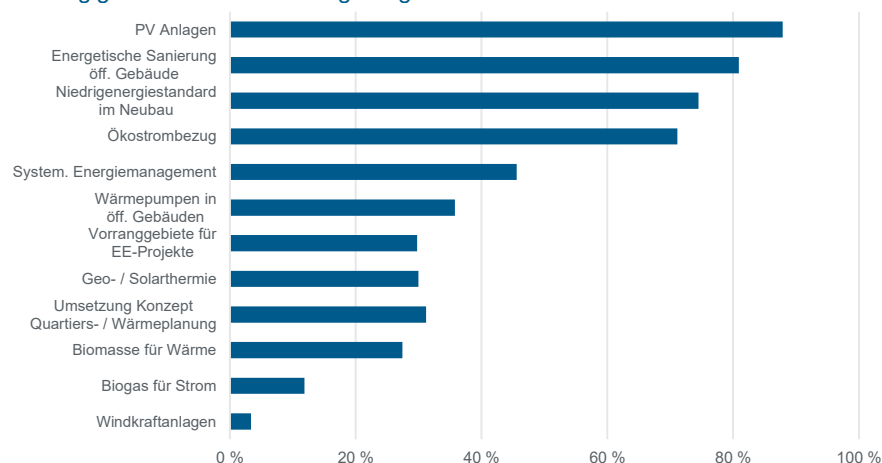
Die geopolitischen Verwerfungen und stark steigenden Energiepreise infolge des Ukraine-Kriegs, die auch viele kommunale Haushalte belasten, steigern die Notwendigkeit, dass Deutschland seinen Energieverbrauch und die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern massiv und schnell verringert. Insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien (EE) stärkt dabei sowohl die Unabhängigkeit in energiepolitischen Fragen als auch den Klimaschutz sowie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in grünen Zukunftsbranchen. Bei allen Maßnahmen des Klimaschutzes spielen die Kommunen eine wichtige Rolle.¹

Dies umfasst die Planung ebenso wie eigene Investitionen oder die Beratung und Förderung privater Initiativen. Bereits vor der Ukraine-Krise hatten die Kommunen eine ganze Reihe an Projekten im Energiebereich begonnen, wie eine Ergänzungsumfrage zum KfW-Kommunalpanel 2022 zeigt (Grafik).²

Energetische Maßnahmen schützen vor Preisanstieg

Zu den häufigsten Maßnahmen zählt die Installation von Photovoltaikanlagen, die bereits in über 80 % der antwortenden Kommunen zum Einsatz kommen.³ Auch die energetische Sanierung bestehender öffentlicher Gebäude oder der Neubau im Niedrigenergiestandard sind auf kommunaler Ebene weit verbreitet, was in Anbetracht der vielen Schulgebäude, Rathäuser oder Turnhallen Bedeutung erlangt. Bei allen Maßnahmen zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen Kommunen, die eine hohe Belastung ihrer Haushalte durch die Energiekosten haben, und

Grafik: Bereits begonnene Maßnahmen der Kommunen zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern



Quelle: Adhoc-Befragung zum KfW-Kommunalpanel 2022, durchgeführt vom Difu im April 2022.

solchen, in denen der Energiekostenanteil niedriger ausfällt.

Im Durchschnitt gaben die antwortenden Kommunen an, dass der Anteil der Energiekosten an den Gesamtausgaben in ihrem Haushalt bis April 2022 von 1,5 auf 2 % angestiegen ist. In Anbetracht der begrenzten finanziellen Spielräume sorgen diese Mehrausgaben für Anpassungsdruck, denn 51 % der Kommunen bewerten die Mehrbelastungen als schwerwiegend.

Steigende Energiepreise lassen mehr kommunales Engagement erwarten

Die stark betroffenen Kommunen reagieren auf steigende Energiepreise, indem sie entweder zusätzliche Schulden aufnehmen oder den Energieverbrauch reduzieren, was häufig eine Schließung von Einrichtungen oder der Reduktion des Angebots beispielsweise bei Schwimmbädern bedeutet. Auch die Erhöhung der Eintrittspreise ist eine Maßnahme, die von knapp der Hälfte der

antwortenden Kommunen genannt wird. Rund 60 % aller Kommunen nehmen die Situation auch zum Anlass, zukünftig stärker in Energieeffizienz oder erneuerbare Energien zu investieren. Dafür würden sich auch Schritte anbieten, die bislang nur von wenigen Kommunen in Angriff genommen wurden, wie beispielsweise Maßnahmen der sog. Wärmewende, darunter exemplarisch der Ausbau von Fernwärme im Quartier.⁴ Auch der Ausbau von Windkraftanlagen durch die Kommunen selbst ist bislang kaum ein Thema. Hier könnte die durch die Bundesregierung angestrebte höhere Beteiligung der Kommunen an den Erträgen das Interesse steigern und den Widerstand aus der Bevölkerung verringern.⁵ Damit könnte sich bewahren, dass Katastrophen immer auch den Ansporn geben, neue Wege zu gehen, was in diesem Fall dem Klimaschutz und nachhaltiger Energieversorgung in den Kommunen zugute käme.

¹ Vgl. UBA (2022): [Klimaschutzpotenziale in Kommunen](#).

² Vgl. Brand et al. (2022): [Kommunen spüren steigende Energiepreise und reagieren vielfältig darauf](#), Fokus Volkswirtschaft Nr. 381, KfW Research.

³ Diese Zahl bedeutet jedoch nicht, dass bereits 80 % des PV-Potenzials ausgeschöpft ist.

⁴ Vgl. Dena (2022): [Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende](#).

⁵ Vgl. Bundesregierung (2022): [Novellierung des EEG-Gesetzes 2023](#).